Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Hauptgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, auswärtige Reklamen 1 Goldmark, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 100 — Freitag, den 30. April 1926 — 21. Jahrgang

Volksentscheid am 30. Mai.

Der Rechtsausschuß vertagt. — Besprechung der Parteien.

Berlin, 9. April. Die Weiterberatung des Gesetzentwurfes über die Regelung der Fürstenabfindung ist gestern im Rechtsausschuß abgebrochen und der Rechtsausschuß selbst auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Das bedeutet, daß der Kompromißentwurf, der zwischen der Reichsregierung, der preußischen Regierung und den Koalitionsparteien vereinbart wurde, zunächst gescheitert ist. Der Volksentscheid selbst soll nunmehr beschleunigt durchgeführt werden, statt im Juni schon im Mai. Da er nur an einem Sonntag oder einem gesetzlichen Ruhetag durchgeführt werden kann, kommt, weil die Listen mehr als zwei Wochen aufliegen müssen, als nächster Termin der 30. Mai in Frage.

•

Nachdem der Rechtsausschuß des Reichstages die Beratung des Kompromißentwurfes zur Frage der Fürstenabfindung eingestellt hatte, traten die Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei nochmals in gesonderter Sitzung zusammen, um die Situation zu besprechen. Vom Zentrum wurde betont, daß es keinen Zweck gehabt hätte, in der Kompromißvorlage immer neue Lücken entstehen zu lassen. Bei der Haltung der beiden Flügelparteien hätten weitere Beratungen über die Fürstenabfindung keinen Zweck. Von der Deutschen Volkspartei wurde dieselbe Anschauung vertreten und betont, daß man jetzt erst einmal die Erledigung des Volksentscheids abwarten müsse. Die Demokraten legten einen Abänderungsantrag zu dem sozialdemokratisch-kommunistischen Enteignungsgesetzentwurf vor, der am Donnerstag dem Reichstagsplenum vorgelegt werden soll. Dieser Antrag besagt:

Dem Artikel 1 ist folgender Absatz 3 anzufügen: „Jedoch haben die Länder durch Gesetz den Fürsten und Mitgliedern der Fürstenhäuser, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in den Ländern regiert haben, aus der enteigneten Vermögensmasse eine Abfindung zu gewähren, die ihnen eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht. Diese Abfindungspflicht können die Länder auch durch gesetzliche Bestätigung bereits beschlossener Verträge erfüllen."

Dieser demokratische Antrag ist von den Vertretern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei nicht unterschrieben worden.

Um 5 Uhr treten die Vertreter der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei noch einmal zu einer Besprechung zusammen, ob noch eine letzte Möglichkeit zur Fortführung der Verhandlungen über die Fürstenabfindungsfrage im Rechtsausschuß bestehe. Diese Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen, so daß der Rechtsausschuß sich also vorläufig nicht mehr mit der Fürstenabfindungsfrage beschäftigen wird.

Die Welt zum deutsch-russischen Vertrag.

Die Schweiz glaubt an eine Verminderung der Kriegsgefahr.

Bern, 27. April. Zu dem deutsch-russischen Vertrag schreibt das „Berner Tageblatt", der Passus, in welchem eine freundschaftliche ständige Fühlungnahme verabredet werde, bringe eine starke Annäherung der beiden Staaten; sie zur Störung des Friedens zu benutzen, erlaube aber der übrige Wortlaut Rußland nicht; falls Rußland es dennoch versuchen sollte, komme es auf die deutsche Regierung an, ob sie sich mißbrauchen lasse. Davor schütze ein gewisses Mißtrauen gegen die russischen Absichten, das solange bestehen bleiben werde, als die Dritte Internationale in Rußland herrsche. Davor schütze die Lage Deutschlands mitten in Europa, die dortige Machtverteilung, die Verträge von Locarno, und davor könne vor allem auch eine vernünftige Behandlung von seiten gewisser anderer Mächte schützen. Die Stellung Deutschlands werde durch den Vertrag gestärkt, wie es durch den von Rapallo der Fall war. Da die Schwäche eines Staates einen Reiz für andere bedeute, der die größte Gefährdung des Friedens darstelle, so werde dem Frieden durch diesen Vertrag eine größere Sicherheit gegeben. Die Verträge von Locarno, ergänzt durch den von Berlin, könnten eine gesunde Grundlage für die friedliche Entwicklung Europas abgeben. — Die „Züricher Post" meint, man könne aus dem Vertrag nur herauslesen, daß Deutschland gewillt ist, auch im Rahmen des Völkerbundes auf die Ausmerzung von Kriegsgefahren hinzuwirken; nur die könnten jetzt noch unzufrieden sein, die mit dem Völkerbund andere Pläne verfolgen, als sie laut sagen und schreiben.

Belgien bedauert die Gruppenbildung.

Brüssel, 28. April. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Senat erklärte Vandervelde u. a.: Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages nach der Vertagung der Genfer Verhandlungen muß notwendigerweise zu Besorgnissen Anlaß geben und Mißtrauen erregen. Man kann und muß solche, übrigens auch auf anderer Seite vorgekommene Rückfälle in die Politik der Gruppen- und Allianzbildungen und des Kräftegleichgewichts bedauern, da sie eine unerfreuliche Erneuerung des Vorkriegszustandes bedeuten. Aber man muß anerkennen, daß, sofern der Vertrag keine anderen als die bekannten Bestimmungen enthält, sich nichts darin befindet, was gegen den Wortlaut oder auch gegen den Geist der Abmachungen von Locarno verstößt. Deutschlands Antrag auf Zulassung zum Völkerbund bleibt bestehen. Der Minister gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß die in Genf hervorgetretenen Schwierigkeiten in kurzer Zeit überwunden sein werden.

Ein spanisches Urteil.

Madrid, 28. April. „Sol" schreibt, der russisch-deutsche Vertrag sei kein für Frankreich irgendwie gefährliches Bündnis, wie es vor Locarno hätte sein können; es sei möglich, daß jetzt durch Deutschlands Vermittlung Rußland indirekt eine Stimme in Genf erhalte, weil nach dem Vertrage Deutschland in gewissen Fragen verpflichtet sei, im Einvernehmen mit Rußland zu handeln.

Chamberlain hat noch nicht die Zeit zum Studium gehabt.

London, 28. April. Im Unterhaus fragte der Oberst Wedgwood (Arbeiterpartei), ob die englische Regierung sich irgendwie der Auffassung Beneschs anschließe, daß die Locarnomächte berechtigt sind, von der deutschen Regierung zu verlangen, daß sie keine Neutralitätsverpflichtung gegenüber Rußland eingeht, die mit ihren künftigen Verpflichtungen aus Artikel 16 der Völkerbundsatzung im Widerspruch stehen könnte.

Chamberlain erwiderte, die englische Regierung habe bei der Erhebung von Vorstellungen gegenüber Deutschland wegen des deutsch-russischen Vertrags nicht im Benehmen mit einer anderen Regierung gehandelt. Wie er bereits in seiner Beantwortung einer Anfrage vom 21. April festgestellt habe, seien von der deutschen Regierung Zusicherungen gemacht worden, daß der deutsch-russische Vertrag mit der Völkerbundsatzung nicht unvereinbar sein werde, und er habe den englischen Botschafter in Berlin beauftragt, die deutsche Regierung von der großen Bedeutung in Kenntnis zu setzen, welche England diesem Punkt notwendigerweise beimesse.

Auf die weitere Frage Wedgwoods, ob Chamberlain dem Hause sagen könne, aus welchen Gründen sich die englische Regierung der Auffassung Beneschs nicht anschließe, erwiderte Chamberlain: Nein. Der Text des Vertrages und des Notenwechsels liegt jetzt vor, aber ich habe noch nicht die Zeit gehabt, die Schriftstücke mit der erforderlichen Sorgfalt zu prüfen, und ich möchte erst auf Grund eines eingehenden Studiums eine Meinung darüber äußern. Andererseits habe ich es mit Rücksicht auf die von der deutschen Regierung gemachten Zusicherungen nicht für notwendig gehalten, außer den hier erwähnten weitere Vorstellungen zu machen, und ich wurde auch von anderer Seite nicht dazu aufgefordert.

Deutschnationaler Antrag gegen Dr. Reinhold.

Berlin, 29. April. Die deutschnationale Landtagsfraktion des sächsischen Landtages und der sozialistische Abgeordnete Schnirch als Vorsitzender des Haushaltungsausschusses beantragten, wie die „Voss. Ztg." hört, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der vom früheren sächsischen Finanzminister und jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold 1925 erteilten Aufträge für Kleinpflaster. Da die genügende Zahl von Unterschriften vorhanden ist, wurde dem Antrage stattgegeben.

Französische Unzufriedenheit über die Friedensverhandlungen in Marokko.

Der Sündenbock Steeg.

Die französischen Nationalisten sind im höchsten Grade aufgebracht über den ehrlichen Willen zum Frieden, der den Generalgouverneur Steeg beseelt. Sie möchten gar zu gerne noch die wohlvorbereitete Offensive erleben, um den Diktatfrieden zu erreichen.

Die Stimmung der imperialistischen Kreise wird in den „Straßburger Neuesten Nachrichten" folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

„Die Art, wie die Friedensverhandlungen in Marokko eingeleitet wurden und sich jetzt entwickeln, ist die beste Illustration der politique du moindre effort, die immer die beliebteste der radikalen Partei gewesen ist, und von welcher sie jahrzehntelang auf Kosten Frankreichs und seiner nationalen Verteidigung gelebt hat.

Als vor acht Tagen mit Abd el Krim die Vorverhandlungen eingeleitet wurden, hieß es laut und kategorisch, daß die französischen und spanischen Delegierten vier Vorbedingungen stellen würden. Nur wenn diese Vorbedingungen angenommen seien, werde in offizielle Verhandlungen in Udjda eingetreten werden. Diese Vorbedingungen umfaßten: ein sieben Km. weites Vorschieben der französischen Linien, die Anerkennung der Oberhoheit des Sultans durch die Rifleute, die Auslieferung der Gefangenen und endlich die Entfernung Abd el Krims aus dem Rif.

Wie anzunehmen war, haben die Delegierten Abd el Krims sich mit diesen Vorbedingungen in keiner Weise einverstanden erklärt. Sie haben seit acht Tagen hin und her diskutiert; ihr Hauptdelegierter hat, wie eine offiziöse Note als großen Erfolg hervorhob, „sogar einmal gelächelt", doch ist es bis heute bei diesem Erfolg geblieben, und eine volle Woche ist so vergangen, ohne daß die Verhandlungen auch nur einen Schritt vorwärts gelangt sind.

Angesichts dessen hätte man glauben können, daß von französischer und spanischer Seite — besonders aber von französischer, denn Spanien war mit der Haltung der französischen Delegierten, wie wir weiter unten sehen werden, in keiner Weise einverstanden — sofort die Verhandlungen abgebrochen und zu der seit langem vorbereiteten Offensive übergegangen würde. Das hieße aber den Chef der französischen Unterhändler, den Generalgouverneur Steeg, außerordentlich falsch beurteilen. Das lamentable Gegenteil ist eingetreten, die französischen Bevollmächtigten haben heute die offizielle Mitteilung erhalten, daß die französische Regierung damit einverstanden ist, die Konferenz von Udjda zu eröffnen, ohne daß die Vorbedingungen von den Rifleuten erfüllt oder auch nur angenommen sind. Die erste Sitzung sollte, wenn Spanien seine Zustimmung erklärt hat, heute nachmittag bereits stattfinden.

Daß Spanien nicht damit einverstanden ist, daß die Dinge eine derartige für das Prestige Frankreichs und Spaniens so verhängnisvolle Wendung nehmen, geht schon daraus hervor, daß Steeg persönlich nach Madrid gereist ist und dort versucht, die spanische Regierung zu der nachgiebigen Haltung der französischen Regierung den Rifdelegierten gegenüber zu bekehren.

Mehrere unabhängige Berichterstatter Pariser Zeitungen, die sich im Rif befinden, melden bereits die deplorable Wirkung, die dieses Nachgeben Frankreichs auf die uns treu gebliebenen Stämme ausgeübt hat. Das ist weiter auch nicht verwunderlich. Wenn man französischerseits nicht die Absicht hatte, auf die Einhaltung der „Vorbedingungen" zu dringen, wenn man unter allen Umständen in Udjda die offiziellen Friedensverhandlungen eröffnen wollte, so hatte es keinen Sinn, feierlich zu proklamieren, daß man „nur nach Erfüllung dieser Vorbedingungen nach Udjda gehen werde". Man hätte dann nicht nötig gehabt, auf eine anfangs sicher und unwiderruflich scheinende Haltung plötzlich zu verzichten. Alles deutet so darauf hin, daß jetzt, wo Frankreich bereits kapituliert hat und bereit ist, die Vorbedingungen und besonders die militärischen Klauseln aufzugeben, Abd el Krim mehr und mehr Forderungen vorbringen wird. Die französischen Unterhändler werden bald Gelegenheit haben, dies festzustellen.

Es besteht nach Ansicht hiesiger politischer Kreise, die natürlich nicht dem Linkskartell angehören, kein Zweifel, daß diese plötzliche Schwenkung der alleinigen Initiative des Generalgouverneurs Steeg zu verdanken ist. Steeg ist der typische radikale Politiker der Vorkriegszeit und hat außerdem ungeheure Ambitionen. Er möchte so schnell als möglich in Marokko Frieden schließen und mit der Gloriole dieses Friedensschlusses um das Haupt nach Paris zurückkehren, um eventuell — die Nachfolge Briands anzutreten. Diese Pläne Steegs sind in hiesigen politischen Kreisen keinerlei Geheimnis, und die-